

„Europa muss Misstrauen

Europa-Forum Wachau | Kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen EU-Politik. Minister

Von Martin Gebhart

„Nicht die äußeren Grenzen sind das Problem, sondern die inneren.“ Sogar Abt Columban Luser wartete beim 21. Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig bei seiner Begrüßung mit kritischen Worten auf. Überhaupt wurde diesmal beim zweitägigen Treffen mit der derzeitigen europäischen Politik, vor al-

lem angesichts der Flüchtlingskrise, hart ins Gericht gegangen. Und das vor einer Reihe hochkarätiger Redner. Immerhin waren diesmal unter anderen die Außenminister von Kroatien, Bulgarien und Rumänien sowie der ehemalige tschechische Präsident Václav Klaus auf den Göttweiger Berg gekommen.

Einer der Redner war auch ÖVP-Außenminister Sebastian

Kurz. Ziemlich zur selben Zeit, als SP-Bundeskanzler Christian Kern dessen Ansagen zur Flüchtlingspolitik im Radio kritisierte, verteidigte er sein Vorpreschen: „Wir brauchen eine offene Diskussion. Wir können nicht bloß den Deckel draufhalten.“ Und er verwies erneut auf die Grundprinzipien der australischen Asylpolitik: legale Wege für Flüchtlinge, aber ein Zurück-

schicken von illegalen Flüchtlingen. Kurz zur Kritik dazu: „Wir sind nicht besser als Australien, wir sind nur scheinheiliger.“ Zur Abstimmung in Großbritannien über den Verbleib in der EU, die am 23. Juni stattfindet, sagte Kurz: „Wir brauchen Großbritannien in der EU.“

Damit die EU wieder beliebter wird, müsse es eine klare Aufgabenteilung zwischen Brüssel



Beim Europaforum: Moderator Paul Lendvai, Abt Columban Luser, Landesrätin Barbara Schwarz, Landeshauptmann Erwin Pröll sowie die Außenminister Daniel Mitov (Bulgarien), Lazar Comanescu (Rumänien), Miro Kovic (Kroatien), EU-Kommissar Johannes Hahn und Außenminister Sebastian Kurz. Foto: EM

DIE POLITISCHE ANALYSE



Thomas Hofer, Politik-Berater, über die Anfechtung der Bundespräsidentenwahl durch die FPÖ.

Der doppelte Boden

Der knapp unterlegene Kandidat der FPÖ, Norbert Hofer, hat die Bundespräsidentenwahl angefochten. Manche, vor allem im Lager Alexander Van der Bellen, sehen ihn deshalb als schlechten Verlierer. So kann man das nicht stehen lassen: Denn was da bei der Auszählung der Hunderttausenden Briefwahlstimmen passiert ist, spottet jeder Beschreibung. Hier wurde das neu festgelegte Prozedere für Wahlkarten breitflächig ignoriert. Viele wurden offenbar vor der gesetzlich vorgesehenen

Frist geöffnet und sind somit eigentlich als ungültig zu werten. Dieser Schlendrian und diese Schlampereien, die da Einzug gehalten haben, sind nicht hinzunehmen. Es ist richtig und wichtig, dass der Verfassungsgerichtshof diesen Vorhaltungen nun auf den Grund geht und lückenlos aufklärt.

Was allerdings nicht geht, ist die weitere Vorgangsweise der FPÖ. Denn die Freiheitlichen belassen es ja nicht beim (zutreffenden) Vorwurf der Schlamperei. Sie haben einen doppelten Boden eingezogen und stellen noch Betrugsabsicht in den Raum. Dieser Vorwurf ist nach aktueller Faktenlage in keiner Weise haltbar. Ja, da haben einige Vorgaben ignoriert, wann und wie Stimmen auszuzählen sind, in Einzelfällen durften sogar Nicht-Wahlberechtigte abstimmen. Das alles geht nicht. Aber es wurden nicht, wie es manche Freiheitliche insinuierten, Van der Bellen-Stimmen dazugeschwindelt oder Hofer-Stimmen vernich-

tet. Ein solcher Vorgang wäre tatsächlich ein demokratiepolitischer Skandal ungeheuren Ausmaßes. So etwas hat allerdings nicht stattgefunden.

Die FPÖ bleibt trotzdem dabei. Sie strickt weiter an ihrer Wahlkampfbotschaft, wonach „die da oben“ gegen „uns da unten“ zu allen möglichen Tricks und Kniffen greifen, um nur ja an der Macht zu bleiben. Die Partei nutzt also die allgemein bestehende Verunsicherung für eine weitere Destabilisierung des Demokratiezutrauens. Dabei ist die Verschwörungstheorie, so wie sie gebaut wird, absurd: Denn sind Zehntausende Wahlkarten zu früh ausgezählt worden und damit ungültig, schadet das beim überproportionalen Briefwähleranteil Van der Bellen ja diesem und nicht Hofer. Die potenziellen Verschwörer qualifizieren sich also eher als Bürger von Schilda. Für die Klientel der FPÖ ist das wohl egal. Wichtig ist da nur, dass das System wieder einmal versagt hat.

abbauen“

Kurz verteidigte seine Ansagen zur Asylpolitik.

und den Nationalstaaten geben. Das hatte auch VP-Landeshauptmann Erwin Pröll in seiner Rede angesprochen. Er verglich die EU mit einem Flugzeug, das in Turbulenzen geraten ist und in Gewitterwolken hineinfliegt. Von einem Tower aus würde er diesem EU-Flugzeug folgende Funksprüche senden:

1. Die EU muss inneres Misstrauen abbauen, weil immer öfter das Wir-Gefühl bröckle.

2. Die EU muss sich auf Prioritäten konzentrieren, weil in der Vergangenheit vieles versprochen worden war, was nicht gehalten wurde, und bei vielem mitgeredet wurde, wo es gar nicht notwendig gewesen war.

3. Die EU muss gemeinsam das Flüchtlingsproblem lösen, weil es nicht sein könne, dass einige Mitgliedsländer die Solidarität verweigern, noch dazu jene, die sich nach dem Zerfall des Kommunismus auf die Solidarität anderer verlassen hätten.

4. Die EU muss als Existenzgarantie im weltweiten Konkurrenzkampf wahrgenommen werden.

5. Es muss eine Neugestaltung der Kompetenzen geben – zwischen EU, Nationalstaaten und

Regionen, wobei in Zukunft mehr Verantwortungen in Richtung Region und Europa und weniger in Richtung Nationalstaat gehen würden.

Der ehemalige tschechische Präsident Václav Klaus mahnte in seiner Rede: „Im Moment der finanziellen und wirtschaftlichen Krise des vergangenen Jahrzehnts habe ich oft gesagt, dass die Europäische Union nur

„Wir sind nicht besser als Australien, wir sind nur scheinheiliger.“

Außenminister Sebastian Kurz beim Europaforum

für gutes Wetter vorbereitet ist.“ Damit meine er „die Parameter des Wirtschafts- und Sozialsystems auf der einen Seite und die der institutionellen Gestaltung der Europäischen Integration auf der anderen Seite“. Die Flüchtlingskrise sei eine Gelegenheit zur Wende, so Klaus. Er hoffe, dass „wir nicht auf ein permanent schönes Wetter setzen.“

Zum 21. Europa-Forum Wachau

○ **Die Redner:** Am ersten Tag waren neben Abt Columban Luser, Landesrätin Barbara Schwarz (Präsidentin des Europa-Forums), Landeshauptmann Erwin Pröll und Außenminister Sebastian Kurz noch EU-Kommissar Johannes Hahn sowie die Außenminister Miro Kovac (Kroatien), Lazar Comanescu (Rumänien) und Daniel Mitov (Bulgarien) am Rednerpult. Am zweiten Tag Franz-Josef Lersch-Mense (Europaminister aus Nordrhein-Westfalen), Wilhelm Molterer, Tschechiens Ex-Präsident Vaclav Klaus und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner.

○ **Die Absage:** Im ursprünglichen Programm war der türkische Außenminister vorgesehen gewesen.

Dieser sagte aber mehrere Tage vor der Veranstaltung plötzlich ab.

○ **Die Arbeitskreise:** In gewohnter Weise fanden am Samstag wieder vier Arbeitskreise statt. Diskutiert wurde dabei zu den Themen: „Die EU, ein relevanter sicherheitspolitischer Akteur für das 21. Jahrhundert“, „Globale Krisen – regionale Lösungen“, „Wirtschaftswachstum – Sozialunion – Nachhaltigkeit: europäische Quadratur des Kreises“ und „Die sanfte Macht der Kultur: Kulturdiplomatie als Weg der EU-Außenpolitik.“

○ **Der Moderator:** Wie in den vergangenen 20 Jahren führte Paul Lendvai durch das Programm.

MEIN POLITISCHES TAGEBUCH



Hubert Wachter, Publizist, über den „New Deal“ der Bundesregierung und was davon zu halten ist.

Dienstag, 7. Juni

„New Deal“ gerät zum „Bad Deal“. Die Körpersprache verrät beim Pressefoyer nach der Ministerratsitzung viel: SP-Bundeschancellor **Christian Kern** und sein VP-Vizekanzler **Reinhold Mitterlehner** sind einander nach nur wenigen Tagen nicht mehr wirklich zugewandt: der ideologische Dreierpack – Maschinensteuer, Reichensteuer, massive Arbeitszeitverkürzung –, den Kern via SPÖ-Landesparteitag Kärnten der ÖVP auf den Tisch geknallt hat, sorgt für schwarzen Frust: „Wollen wir nicht! Brauchen wir nicht! Eine völlig falsche Diskussion zum falschen Zeitpunkt!“. Der großspurig verkündete politische „New Deal“ für die Republik weist binnen weniger Tage erste Dellen auf.

Mittwoch, 8. Juni

Schwacher Kanzler-Bonus. Die Bevölkerung reagiert schon auf die enttäuschende Regierungs-Performance: **Heinz-Christian Straches** FPÖ wird in aktuellen Meinungsumfragen stabil mit 34 Prozent ausgewiesen. Obwohl er und **Norbert Hofer** wegen der blauen Anfechtung der Bundespräsidenten-Stichwahl vom links-grünen Block als schlechte Verlierer verhöhnt werden. Was der Regierung kaum zu nützen scheint: Die SPÖ mit ihrem neuen Kanzler **Kern** legt in Meinungsumfragen etwas zu (auf 25 Prozent), aber viel weniger als erhofft. Und **Mitterlehners** ÖVP grundelt nach wie vor bei schwachen 20 Prozent herum. Gelungene Neustarts sehen anders aus.

Donnerstag/Freitag, 9./10. Juni

Zwei Opfer mieser Päckelei. Einer der fachlich fähigsten Spitzenbeamten der Republik, der legendäre Budget-Sektionschef **Gerhard Steger** (SPÖ-nahe), fällt großkoalitionärer Mausechlei zum Opfer. Obwohl er aus dem Rechnungshof-Hearing als weitaus kompetentester hervorgeht, wird er dennoch nicht neuer Rechnungshofpräsident. Dieses auf zwölf Jahre

ausgelegte Amt geht an die Steierin **Margit Kraker** (ÖVP-nahe): Weil einerseits VP-Klubchef **Reinhold Lopatka** (ein Studienkollege der Siegerin) politisch hart pokert und SPÖ-Klubchef **Andreas Schieder** mit der Drohung des Koalitionsbruchs an die politische Wand stellt und zu Krakers Wahl zwingt, und andererseits die FPÖ mit der paktierten gemeinsamen Kandidatin **Helga Berger** (FPÖ-nahe) eiskalt ausrutschen lässt.

Was wiederum Folgen für die im August anstehende Neuwahl der



Duell um ORF-Führung: Alexander Wrabetz, Richard Grasl. Foto: APA

ORF-Spitze haben dürfte: Generaldirektor **Alexander Wrabetz** (SP-nahe) bewirbt sich um eine dritte Amtszeit. Bislang galt dessen Finanzchef im Direktorium **Richard Grasl** (VP-nahe) als ernster Herausforderer – weil im 35-köpfigen ORF-Stiftungsrat eine „bürgerliche Mehrheit“ für den Niederösterreicher durchaus möglich ist. Die aber durch die zornige FPÖ weg sein dürfte. Zudem: Wenige Tage nur vor der Rechnungshof-Entscheidung verblüffte Wrabetz die Öffentlichkeit mit einer deutlichen Warnung an Grasl: Sollte er gegen ihn antreten und verlieren, wäre dieser seinen Posten überhaupt los. Viele ORF-Kollegen sind sich sicher: Wrabetz hat, als er Grasl so drohte, längst gewusst, dass zwischen SPÖ und ÖVP mit dem Sanktus von Kanzler **Kern** folgender politischer Deal läuft: Wenn schon die Rechnungshofspitze an die ÖVP geht, dann muss der ORF-General weiter der SPÖ gehören. Also Wrabetz, dessen Bruder Bernd übrigens im engsten Kanzler-Kabinett sitzt. ORF-Insider, nicht nur auf dem Wiener Königberg, sind sich sicher: „Der Lopatka hat den Grasl einfach für den Rechnungshof geopfert.“ So viel zum „New Deal“ des Kabinetts Kern/Mitterlehner.